

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Kosovo-Politik überprüfen und weiterentwickeln

Der Bundestag wolle beschließen:

Ein Jahr nach Beginn des NATO-Engagements zur Beilegung des Kosovo-Konfliktes zeigt sich, dass die Spannungen zwischen Serben und Albanern im Kosovo und den angrenzenden Teilen Serbiens trotz der aktuellen Bemühungen der UN-Mission im Kosovo (UNMIK) um den Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen und ihrer militärischen Absicherung durch die KFOR nicht nachlassen. Die gegenseitigen Übergriffe beider Volksgruppen nehmen eher wieder zu. UNMIK und KFOR stoßen zunehmend an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Der Zeithorizont für ihren Verbleib wird inzwischen eher nach Jahrzehnten, denn nach Jahren veranschlagt. Höchste Repräsentanten der Vereinten Nationen fordern zunehmend, die Diskussion über den zukünftigen politischen Status des Kosovo zu führen. Klarheit in diesen Fragen ist für die Perspektive der Bevölkerung vor Ort und ihre Bereitschaft, sich für den Frieden zu engagieren, von elementarer Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

- die Vorstellungen von den Grundlagen einer politischen Ordnung im Kosovo und in der Region, wie sie in der UN-Resolution 1244 niedergelegt sind, im Lichte der Erfahrungen seit ihrer Verabschiedung hinsichtlich des zukünftigen Status weiterzuentwickeln und damit verbunden ein Konzept einer nachhaltigen, selbsttragenden Stabilisierung mit dem Ziel vorzulegen, die dabei bestehenden Probleme in einem begrenzten Zeithorizont zu lösen und sich für dieses Ziel nachdrücklich in der Europäischen Union, der Kontaktgruppe und den Vereinten Nationen einzusetzen;
- darauf hinzuwirken, dass das von den Vereinten Nationen zugesagte Kontingent von Soldaten und Polizisten von allen Partnerstaaten bereit gestellt wird und UNMIK direkte Zuschüsse zu seinem Haushalt erhält.

Berlin, den 4. April 2000

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

